



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Haushaltsplan 2021;**

**hier: Task Force zur Koordinierung der Digitalisierung innerhalb der Staatsregierung  
(Kap. 16 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 04 wird ein neuer Tit. „Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter“ eingefügt und mit 0,23 Mio. Euro ausgestattet.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden

- 1 Stelle der BesGr. A16 (Ministerialräte, Ministerialrätinnen),
- 3 Stellen der BesGr. A14 (Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen) und
- 3 Stellen der BesGr. A13 (Regierungsräte, Regierungsrätinnen)

neu ausgebracht.

Mit den zusätzlichen Stellen wird der Aufbau einer Task Force und Koordinierungsstelle begonnen, die in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung IT-Projekte der Staatsregierung koordiniert und voranbringt.

### **Begründung:**

Im Hinblick auf die Digitalisierung besteht in Bayern weiterhin großer Handlungsbedarf. Die Einführung des Digitalministeriums hat bisher nur sehr begrenzt Fortschritte gebracht. Laut Aussage der Staatsregierung ist die Hauptaufgabe des Digitalministeriums die Koordination der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe. Ausgerechnet für diese Koordinationsaufgabe ist jedoch noch kein Referat eingerichtet.

Wie hoch der Handlungsbedarf bei der verwaltungsinternen Digitalisierung noch ist, wird auch durch einen Blick in die Berichte des Obersten Rechnungshofes (ORH) deutlich. Dort werden u. a. mangelnde einheitliche Verfahren der Schulverwaltung, fehlendes ressortübergreifendes Software- und Lizenzmanagement, fehlende Einbindung von Videokonferenzen in eine Kommunikationsstrategie, fehlende IT-Verfahren in der Finanzverwaltung, oder auch ein mangelhaftes Risikomanagementsystem angeprangert. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass, neben den vom ORH vorgebrachten Punkten, noch in vielen weiteren Bereichen dringender Verbesserungsbedarf durch Einführung von digitalen Prozessen und Technologien besteht.

Durch eine neu einzusetzende Task Force kann das Digitalministerium diese Handlungsfelder endlich proaktiv angehen. Ziel soll es sein, verwaltungsinterne Prozesse und Strukturen zu analysieren, Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten und die Kommunikation zwischen den beteiligten Staatsministerien und dem IT-Dienstleistungszentrum, bzw. externen Dienstleistern zu koordinieren. Auch ein Erfahrungs- und Wissensaustausch der Staatsministerien untereinander und die Entwicklung ressorübergreifender Strategien, Strukturen und Prozesse ist Aufgabe der Task Force. Die Task Force soll in den nächsten Jahren sukzessive zu einer eigenständigen und personell gut ausgestatteten Abteilung innerhalb des Digitalministeriums ausgebaut werden.

Beim anzusetzenden Haushaltsbetrag wird davon ausgegangen, dass die neuen Stellen zum 1. September 2021 besetzt werden können.